

## **Die Sozial-und Solidarwirtschaft in Luxemburg und die Europäische Präsidentschaft.**

*Die Sozial-und Solidarwirtschaft ist ein deklariertes prioritäres Thema der Luxemburger Europäischen Präsidentschaft. Am 3 und 4 Dezember wird eine sogenannte « High level » Konferenz zu diesem Thema organisiert. Die in diesem Artikel aufgelisteten Aspekte lassen die Vorarbeit hierzu jedoch in einem kritischen Licht erscheinen und erlauben den Autoren somit die Frage, ob diese Konferenz nicht riskiert zu einem Event zu werden wo man sich unter Wirtschaftsfreunden und Philantropen selbst loben wird.*

In seinem Artikel « Europa braucht Demokratie », vom 27 März 2015 meint Frank Bertemes dass EU-Politik der Verwirklichung des Sozialprinzips in den Mitgliedstaaten überhaupt keine Chance gibt um einen Selbstmord der etablierten Politikaste zu vermeiden, und « dass diejenigen, die dies laut herausschreien sowieso nur Randfiguren sind, politische Gruppierungen, bestenfalls Idealisten, die man marginalisiert - Chaoten eben, politische Träumer, die höchstens ein müdes Lächeln hervorrufen und die man ansonsten mit arroganter Ignoranz von oben herab bestraft ».

Aber, wo ist einer dieser Stimmen geblieben die : « ein anderes Wirtschaften ist möglich, es gibt Alternativen und wir beweisen es » laut herausschreit und dies immerfort und überall vertreten hat ?

Diese Stimme ist 2013 mundtot gemacht worden indem das Netzwerk « Objectif Plein Emploi » zerstört wurde und dieses Vorgehen lässt tief blicken, bezogen auf das Demokratieverständnis der hiesigen politischen Machthaber.

Die Alternative zum neoliberalen Wirtschaften war der nationalen Politik nicht mehr genehm gewesen, hat ihr nicht in den Kram gepasst. Ihr nicht, dem Patronat schon gar nicht und den anderen sozialen Organisationen auch nicht, weil die sich als « Duckmäuseraushelfsdienste » den politischen Geldgebern allzuoft nur anzubiedern wissen.

Das war nicht immer so.

Im Gefolge der Forschungsarbeit und der Projekte die OPE initiiert hatte, und die auf lokaler Ebene immer noch Bestand haben, war die Idee zum Versuch zur Alternative real mit fast 60 Luxemburger Gemeinden in die Tat umgesetzt worden. Und da die rund 30 CIGL'S noch bestehen, dürfte dies als ein Beweis dafür gelten wie solide und richtig der basisdemokratische Aufbau war.

Ein anderes wichtiges Beispiel für den innovativen Geist von OPE war der Aufbau des Netzwerks HELP. Die Analyse von OPE ergab damals schon (Mitte der 90ziger Jahre) dass die Gesellschaftstruktur sich ändern würde und der Anteil der älteren Menschen sich drastisch erhöhen wird. Diese Feststellung und die Tatsache dass die Arbeitslosigkeit noch über viele Jahre ein sehr ernstes Problem bleiben würde veranlasste OPE, diese beiden Elemente in einem Konzept das neue Arbeit schaffen sollte die den pflegebedürftigen Menschen zugute käme, zu vereinen und so eine Win-Win-Situation für beide Parteien herzustellen.

OPE als Initiator konnte einst die damaligen 4 Südspitäler (Esch, Differdingen, Düdelingen und Steinfort) sowie das Rote Kreuz für sein angedachtes Konzept begeistern und das Netzwerk HELP

im Rahmen der Einführung der Pflegeversicherung in einer komplementären, auszubauenden Partnerschaft nach und nach verwirklichen. Heute sind die Dienste von HELP die unseren älteren Mitmenschen zugute kommen nicht mehr aus unserer Gesellschaft wegzudenken.

Auf jeden Fall war der lokale und partnerschaftliche Ansatz ein wichtiges Element der Bürgerbeteiligung und der unermüdliche Einsatz des damaligen Präsidenten von OPE, John Castegnaro, dessen engagierte Reden auf lokaler Ebene noch jedermann in Erinnerung sein müssten, wirkte ausserordentlich förderlich auf die Motivation aller an den Projekten Beteiligten. Seine gewaltigen Plaidoyer's für die Solidarwirtschaft und für die Schaffung eines dritten Wirtschaftspfeilers dürften noch jederman in bester Erinnerung sein. Genauso wichtig war die Artikelserie der Jahre 2007-2008 im Tageblatt mit dem Titel « Neue Ökonomie » (Nicolas Eickmann, ehemaliger Präsident der ASJ und Bürgermeister der Stadt Differdingen), welche diese solidarische gemeindeübergreifende Zusammenarbeit analysierte und exemplarisch beschrieb.

Eben dieses Konzept wurde dann auch von den Sozialisten diskutiert und fand Eingang in ihr Wahlprogramm von 2009. Es war das Konzept, indem, neben der öffentlichen und privaten Wirtschaft, eine dritte Säule aufgebaut werden sollte : Der dritte (Wirtschafts)-Pfeiler der Solidarwirtschaft. Dieser Pfeiler sollte in das nationale Wirtschaftsgefüge eingebaut werden und dazu beitragen für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu sorgen.

#### *Zur Erinnerung.*

Vor dem Hintergrund eines immer stärker werdenden neoliberalen Mainstream, der keine andere Denkweise mehr zulässt, klingt diese Vorstellung heute wie eine lächerliche Utopie und darum soll an dieser Stelle den Verantwortlichen folgende Schriften und Aussagen ins Gedächtnis zurückgerufen werden :

Auszüge aus dem Wahlprogramm der sozialistischen Partei von 2009 :

*« Inzwischen hat sich OPE weit über seine ursprüngliche Zielsetzung hinaus entwickelt und als drittes, gemeinnütziges Standbein der Ökonomie etabliert ».*

*« Solidarwirtschaft setzt auf Solidarität, Kooperation und geteilte Verantwortung ; sie bildet damit ein Gegengewicht zum hegemonialen Wirtschaftsliberalismus ».*

*« Der gesellschaftliche Mehrwert von OPE und anderen solidarwirtschaftlichen Netzwerken ist substantiell ».*

*« Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wurde damit um die nachhaltige Dimension der lokalen Entwicklung und dem Dienst am Bürger erweitert ».*

Auszug aus der Rede von Jean-Claude Junker zum Regierungsprogramm der Koalitionäre CSV und LSAP von 2009 :

*« Nous accordons une importance nouvelle à ce qu'on appelle l'économie solidaire ».*

*« Nous voulons donner à l'économie solidaire un cadre juridique par l'introduction d'une association d'intérêt collectif. Cette nouvelle forme juridique permettra de considérer l'économie solidaire comme le troisième pilier de notre économie » :*

Da diese Absichtsbekundungen und diese Strategie sehr schnell auf den heftigen Widerstand der Patronatsverbände stiess, sorgten die politisch Verantwortlichen dann genau so schnell und in

vorausgehendem Gehorsam, dafür, dass die Hauptprotagonisten aus dem Verkehr gezogen wurden. OPE wurde im Frühjahr 2013 zum Abschluss freigegeben denn anderes Denken wurde nicht mehr toleriert. Dies geschah indem eine Kampagne gegen OPE in die Welt gesetzt wurde welche medienwirksam « administrative und finanzielle Probleme » instrumentalisierte, aber eigentlich zum Ziel hatte das Netzwerk, welches mit einer Stimme sprechen konnte, nach der altbekannten Devise « divide et impera ». zu zersplittern. Nur vier Monate vorher, im November des Jahres 2012 nämlich, war das Audit der Brüsseler Rechnungsprüfungsgesellschaft BST vom Minister öffentlich vorgestellt worden welches OPE eine « vorbildliche Buchführung und Organisation » bescheinigt hatte. Das wurde nun tunlichst vergessen und verschwiegen.

Als diese Exekution von OPE dann erfolgreich abgeschlossen war konnte man andere Organisationen, welche sich mit den Ideen zu einer Solidarwirtschaft anfreunden konnten, sehr schnell in die Schranken weisen. Alle wurden demnach im Zuge einer sogenannten einheitlichen Beschäftigungspolitik im Sinne der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, zu biedereren Beschäftigungsinitiativen deklariert und müssen somit ihr Soll im autoritären, neoliberalen System erfüllen. Der Pluralität und dem damit verbundenen demokratischen Anspruch der Gesellschaft in eben auch wirtschaftlichen Fragen mitzudenken und mitzuarbeiten, wurde somit wieder sehr schnell ein Riegel vorgeschoben.

### *Keine ruhmreiche Zeit.*

Diese Entwicklung der Jahre 2009 bis 2013 ist für Luxemburg in diesem Bereich eine wenig ruhmreiche Zeit in der eine ausserordentlich grosse Chance verpasst wurde als Beispiel of « good practice » europaweit eine Vorreiterrolle zu spielen. (in : « Das politische Experiment Solidarwirtschaft in Luxemburg », Romain Bieber, zu finden im Internet auf [www.socioeco.org](http://www.socioeco.org) dem ausführlichsten Portal zur Sozial-und Solidarwirtschaft).

Zwei konkrete Beispiele seien hier angeführt um dieses schlampige Agieren zu dokumentieren :

Der jetzt bemühte Professor Defourny von der Universität Lüttich, weltweit einer der Vorreiter in Sachen « comptes satellites » zur Erfassung des Beitrages zum BIP der Sozial-und Solidarwirtschaft, wollte schon vor über zehn Jahren von OPE zu eben diesem Thema in Luxemburg eingeführt werden. Wir sind damals bei der Politik als auch beim STATEC regelrecht abgeblitzt weil niemand die Notwendigkeit sah solchen Firlefanz zur Erfassung einer Gesamtleistung einzusetzen. Heute schon, oder wie ist es zu erklären dass dieser Mann nun dazu eingeladen wird?

Ein anderer weltweit renommierter Wissenschaftler den Luxemburg heute hofiert ist Jeremy Rifkin. Als OPE seine Strategien und Konzepte zum Thema Arbeit und Beschäftigung erarbeitete, haben wir uns sehr viel an den Reflexionen dieses Mannes orientiert. Sein damals, im Jahre 1995 erschienenes Buch « Das Ende der Arbeit », war für den Aufbau der Strukturen von OPE von absoluter Bedeutung. Die Politik interessierte damals aber nur dass die Finanzierungen der Personen und Projekte niedrig waren, aber wieso das so war und dass etliche Paradigmenwechsel damit verbunden sind, davon wollte niemand etwas hören.

Wenn man dies alles zur Kenntnis nimmt, dann kommt man nicht umhin zu sagen wie gut es gepasst hätte wenn Luxemburg im Zuge der jetzigen Europäischen Präsidentschaft ein funktionierendes Wirtschafts-und Gesellschaftsmodell hätte vorstellen können welches den Sorgen der Menschen Rechnung trägt und konkrete Lösungsansätze zu einer Politik die den sozialen Zusammenhalt fördert, hätte vorweisen können.

Schon deshalb wäre es sinnvoll diese Konferenz als Gelegenheit zu nutzen um wenigstens zu beweisen, dass wir als reiches Land nicht nur neue Finanzprodukte hervorbringen sondern auch auf anderen Gebieten, wie dem Sozialen, wegweisende Politik vorweisen wollen.

Diese Konferenz sollte somit dazu dienen müssen den grassierenden Neoliberalismus anzuprangern und « politische » Thesen der Sozial-un Solidarwirtschaft zu debattieren und sich nicht auf irgenwelche « Highlights », wie die Preisverleihung für die beste « Start-up », zu beschränken.

Anders gesagt die Konferenz darf sich nicht durch die Wahl der Thematiken als ein zu smartes Konzept dem Kasinokapitalismus anbieten, sondern sollte sich durch Themen auszeichnen welche sich mit Alternativen zu gescheiterten Austeritätspolitiken befassen und Politikfelder und Politiken diskutieren welche dazu beitragen können dass wir eine zusätzliche « Dritte Welt » in Europa verhindern.

### *Die SIS, ein massgeschneidertes Gesetz für philanthropische Projekte des Grosskapitals ?*

Ein ganz konkretes Beispiel wäre dass neue europaweite juristische Rahmenbedingungen für die Solidarwirtschaft geschaffen würden. Vor 6 Jahren hatte OPE ein fertiges Gesetzesprojekt vorgestellt welches sehr positiv von der damaligen Politik aufgenommen wurde (siehe Regierungserklärung von Junker, 2009), die Association d'Intérêt Collectif (AIC). Es hätte Luxemburg sehr gut zu Gesicht gestanden die Umsetzung in Luxemburgisches Recht und die mehrjährige Erfahrung mit diesem Gesetz zu präsentieren. Aber, dieses Dokument von OPE wurde dann wieder verworfen und man hat während 4-5 Jahren ein anderes Gesetzesprojekt für die Solidarwirtschaft erarbeitet indem man sich an mehr oder minder gut funktionierenden belgischen Vorlagen orientierte und vornehmlich auch den Rat und die Mitarbeit von hiesigen Finanzexperten einholte. Das Resultat ist das Gesetz zur Einführung einer Société d'Impact Sociétal (SIS) welches im Juni dieses Jahres gestimmt wurde.

Auf der Zielgeraden ist es den Verantwortlichen also gelungen etwas Greifbares zu schaffen um es auf der Konferenz vorstellen zu können. Immerhin. Nur sei die Frage erlaubt wie « Businessfreundlich » und « Konkurrenzkonform » diese Gesetzesvorlage denn ist und ob es nicht eher ein massgeschneidertes Gesetz zur Umsetzung philanthropischer Projekte des Grosskapitals wurde.

Die Frage ob die SIS dem Geist des legitimen Anspruchs des Mitbestimmen wollenden Bürgers genüge tun kann und damit auch dem Anspruch der wirklichen Solidarwirtschaft standhalten kann ist damit gestellt ?